

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei U. Weidner Buchdruckerei (Chefred. D. Stern) für die Schriftleitung verantwortlich D. Stern in Neuenbürg.

Nr. 219

Neuenbürg, Donnerstag den 22. September 1921.

79. Jahrgang.

Lebensmittelsteuerung und Wuchergesetz.

Kettenhandel und Provisionswucher.

Der Bestrafter unterliegt nach § 1 Ziffer 4 der Preisverordnungsverordnung auch, wer vorsätzlich den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs durch unlautere Maßnahmen insbesondere Kettenhandel, steigert. Ein Kettenhandel ist nach dem Handel mit Lebensmitteln nicht selten festzustellen. Kartoffeln, Bier, Butter, Käse neuerdings besonders auch Hühner werden in manchen Fällen im Preise dadurch beträchtlich in die Höhe getrieben, daß sich die Kettenhändler der Ware bemächtigt. Strafbare Kettenhandel liegt vor, wenn in dem Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher unzulässige Zwischenglieder in unzulässiger Weise eingeschoben sind, also unzulässig und strafbar, wenn so und so viele Händler erst ihren Profit an der Ware nehmen, ehe diese in die Hand des Verbrauchers kommt. Eine feste Regel, wie viele und welche Zwischenglieder gestattet sind, läßt sich nicht feststellen, doch müssen schon besondere Umstände vorliegen, wenn der normale Weg der Ware, nämlich der vom Hersteller über den Großhändler und Kleinhändler zum Verbraucher auf irgend eine Weise verlassen werden darf. Eine solche Abweichung ist nur dann straflos, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit der Einschaltung eines Zwischengliedes nachgewiesen wird. Das Vergehen des Kettenhandels kann auch fahrlässig begangen werden. In eine Preissteigerung infolge des Kettenhandels eingetreten, so muß Strafe erfolgen, gleichgültig ob die Preissteigerung beabsichtigt war oder nicht und auch gleichgültig ob die Beteiligten der Preissteigernden Wirkung bewusst waren oder nicht.

In derselben Weise strafbar ist endlich die unerlaubte Teilnahme bei preissteigernden Geschäften im Sinne von § 1 Nr. 2, 6 und 7 der W.O. Ziffer 2 behandelt den Provisionswucher, also die Fälle, in denen vorsätzlich für die Vermittlung von Geschäften über Gegenstände des täglichen Bedarfs Vergütungen gefordert werden, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Verdienst enthalten. § 6 hat die Fälle im Auge, in denen jemand an einer Handlung oder Verbindung teilnimmt, die eine nach § 1 Nr. 1-5 der W.O. strafbare Handlung zum Gegenstand hat (Preissteigerung) und Ziff. 7 diejenigen Fälle, in denen jemand zu einer solchen Handlung anspornt, anreizt oder sich beteiligt.

Diese Vorschriften haben zwar die Bekämpfung der Preissteigerung zum Zweck, aber doch noch Fälle übrig gelassen, die nicht oder nicht in ausreichender Weise treffen. Der Reichstag hat an den hier zunächst gedacht werden mag. W.O. vom 7. 8. 1918 R.G.-Bl. S. 112 vom 27. 11. 1919 R.G.-Bl. S. 1071 spielt heute keine große Rolle mehr, da eine „Verbrechensart“ nur noch in geringem Umfang durchgeführt ist. R. v. dem Jüder, teilweise auch der Milch (in Württemberg auch bei Butter und Käse ein Verbot der Ausfuhr über die Landesgrenze). Auch ist darauf hinzuweisen, daß das Fehlen einer Preissteigerung in Fällen, in denen sie nötig ist, von der Preissteigerung als Aberration einer Preissteigerungsgesetzgebung angesehen wird und Bestrafung wegen Schleißhandels zur Folge hat, wenn der betreffende Gegenstand zum Zweck der Weiterveräußerung mit Gewinn erworben ist. Preissteigerung ist die Abwertung der, besonders schweren, vorzüglichsten Preistreiber und vorzüglich verbottener, besonders lebenswichtiger Gegenstände. Es sind dies Fälle, in denen aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage in besonders schwerer Weise ausgebeutet wird, und solche Fälle nicht einschlägiger Art, in denen es der Täter unternimmt, Vieh, Land, Futter, oder Düngemittel unerlaubt ins Ausland zu verschleusen (Reichsgesetz vom 18. 12. 1920 R.G.-Bl. S. 235 S. 24, vom 11. 1. 1921 Nr. 7). In diesen Fällen ist sogar die Landespolizei, Ehrverleumdung und Volksverhetzung vorgesehen.

Deutschland.

Wien, 21. Sept. Die Handelskammer hat sich gegen die Annahme der Bedingungen ausgesprochen, von denen die Entlastung der Aufhebung der Sanktionen abhängig macht. In der Entscheidung der Handelskammer heißt es, daß das Verbot über noch weiter die Kosten der Sanktionen tragen muß, als auf Kosten des gefassten deutschen Vaterlandes davon abgedeckt zu werden.

Berlin, 21. Sept. Laut „Vorwärts“ beruht die Nachricht vom „Reich“ über eine Reichsministerbildung (Vorbereitung) Reichsminister nicht auf Tatsachen. Ebenso wird die Mitteilung über sich abwickelnde Verhandlungen bezüglich der Umwandlung der preussischen Regierung demontiert. — Nach dem Reichstagsprotokoll haben sich auf Grund einer genauen Lebensmittelverbrauchsstatistik die Kosten des Nahrungsmittelkaufes gegenüber der Friedenszeit von 1 auf 16 erhöht.

Der landwirtschaftliche Hauptverband zur Lage.

Stuttgart, 20. Sept. Auf der Tagung der Vertreter des landwirtschaftlichen Hauptverbandes wurde folgende Entschließung angenommen: Der im Gutsbezirk Siegelhaus versammelte Ausschuss des landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern, bestehend aus Vertretern württembergischer landwirtschaftlicher Bezirksvereine, ist sich bewußt, daß durch die Annahme des Ultimatums eine weitere Steigerung der Steuerlasten leider unumgänglich erforderlich ist. Darf aber die dazu notwendige Besteuerung der Landwirtschaft nur bis zu der Grenze erfolgen, die einen rationalen Betrieb überhaupt noch ermöglicht. Der Landesauschuss ist der Ansicht, daß nur eine weitgehende Steigerung der landwirtschaftlichen, sowie gewerblichen und industriellen Produktion, insbesondere unter möglicher Ausschaltung des Lichtenergieverbrauches den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch Deutschlands verhindern wird. Aus den zur Erfüllung der Reparationsforderung vorgelegten Steuerentwürfen der Regierung kann die Landwirtschaft die voraussichtliche Gesamtbelastung nicht erkennen und es ist daher eine sachliche Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen unmöglich. Einen etwaigen Entwurf der Reichsregierung auf die sog. Goldwerte können wir nicht abgeben. Der Gedanke darf nicht wieder zur Diskussion gebracht werden, weil schon die bloße Erwähnung dieses in weitesten Kreisen der gesamten Wirtschaft und vor

allem der Landwirtschaft, eine produktionschädigende Beanspruchung hervorruft. Wir ersuchen Gewerbe und Industrie, sich unserem Standpunkte anzuschließen, da eine Ueberpannung der direkten Steuern eine betriebswirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde. Auch die staatserbaltende Arbeiterschaft erkennt in einer Vähmung der Produktion durch finanzielle Ueberbelastung der Betriebskapitalien die Gefahr drohender Arbeitslosigkeit und der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Gegenüber dem guten Willen der Gesamtbevölkerung, die Reparationsentschuldigung auszubringen, darf die Regierung es bei unseren Feinden nicht an Fähigkeit und Energie fehlen lassen, immer wieder mit Nachdruck auf die Unerfüllbarkeit des Versailleser Vertrags und dessen Erweiterungen hinzuweisen.

Ein schamloser Mißbrauch Jugendlicher.

Die „kommunistische Arbeiterjugend“ hat in den letzten Tagen den Versuch gemacht, einen Aufruf unter der proletarischen Jugend zu verbreiten, der wohl das Schlimmste an Verhetzung und an Aufreizung zum Verbrechen darstellt. In dem Aufruf heißt es:

„Junge Proletarier! Wir rufen euch zu: begeht die Straftaten der Zeit, das Losungswort lautet: Bürgerkrieg.“ „Verneigt alle Gewerkschaften, Jugendorganisationen und parlamentarischen Parteien, zertrümmert den Staat der Bourgeoisie. Handelt gegen die Gesetze.“ „Seid Agitatoren für den Kommunismus. Erzetet den Feiglingen und Opportunisten entgegen, entlarvt die Verräter, die euch Mißtrauen vorzuziehen.“ „Formiert euch zum Kampf für die Gewaltübernahme der Arbeiterklasse. Handelt wie Max Dögl! In diesem Sinne auf zum Kampf.“

Und da wundert sich die Kommunisten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten auch gegen sie angewendet wird!

Hauptversammlung des Gustav Adolf-Vereins.

Bremen, 20. Sept. Die diesjährige Hauptversammlung des Gustav Adolf-Vereins wurde am Sonntag durch Festgottesdienst in allen Bremer Kirchen und durch 24 Abendversammlungen eingeleitet. Bei beiden Gelegenheiten nahmen Vertreter aus der Diaspora und sonstige Vertreter des deutschen Protestantismus im Ausland das Wort. Am Montag früh fanden zahlreiche Vorträge statt. Die Schüler der oberen Klassen der Lehranstalten versammelten sich nachmittags im Dom und ließen sich von Superintendent Dr. Voh-Kantowitz die schlimmen Verhältnisse der deutschen Protestanten in Oberschlesien schildern. Der Zentralvorstand trat Montag nachmittags unter Leitung seines Vorsitzenden, Geh. Rat Professor Dr. Reutemann-Weizsäcker, zu einer Sitzung zusammen, in der gegen 350 000 Mark für verschiedene Diaspora-Gemeinden und Anstalten bewilligt wurden. Heute früh fand ein Festgottesdienst im Dom statt, bei dem Erzbischof Dr. Söderstrom aus Upsala die Festpredigt hielt. Nach dem Festgottesdienst wurden der Festgottesdienst die Mitglieder des Zentralvorstands und andere Festgäste vom Senat im Rathaus empfangen und begrüßt.

Vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei.

Wien, 20. Sept. Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete Doeh. Er wies auf die Gefahren eines allgemeinen Zusammenbruchs im kommenden Winter hin; dann wurde hauptsächlich auch keine Koalitionsregierung mehr möglich sein. Durch die Devisenspekulation treiben die eigenen Kapitalisten den Dollarkurs auf eine schwindende Höhe und vermehren die Not des Volkes. Das müßte die Empörung auf höchste steigern. Gegenüber den Vorschlägen der Industrie, daß sie selbst die Glieder zur Deckung der Auslandsschuld aufbringen wolle, müßte man sehr vorsichtig sein. Kohlen, Eisen und Düngemittel müßten endgültig sozialisiert werden. Zur Bekämpfung der Devisenspekulation werde viellecht sogar das Bankwesen sozialisiert werden müssen. An die Beratung der indirekten Steuern werde die Sozialdemokratie nicht mehr herangehen, bis ein vollständiger Finanzplan vorliege, der dem Reiche die Beteiligung an der Industrie sichert. Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner seine Ausführungen mit den Worten: „Daraus aus diesen Verhältnissen auf die Bahn des Sozialismus!“

Darauf referierte Reichstagsabg. Georg Schmidt über die Ernährungslage. Er empfahl eine Resolution, die die Aufhebung der Zwangswirtschaft verurteilt und die Regierung auffordert, alle Bestimmungen zu unterlassen, die das Einkommen der arbeitenden Klassen bedrohen sollen und den Wucher der Landwirte und des Handels unterbinden.

Zur Steuerfrage ist eine Resolution Kell eingegangen, in der es u. a. heißt: „Dem Finanzjenseit kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Festlegung des Marktwertes und Hebung des Gleichgewichts im Reichsbudget.“ Neben der Weiterbildung der Volkswirtschaft und ihrer starken Durchführung müssen die Sachvermögen für die Beseitigung der Finanznot in Anspruch genommen werden, allerdings unter Schonung des kleinrentnerischen und kleinrentnerischen Besitzes. Zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen müsse die Einfuhr aller nicht unbedingt notwendigen Gebrauchs- und Konsumgüter möglichst behindert und die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion unter Ausschließung des Auslandsmarktes gefördert und der Bilanzgewinn an Auslandswaren erhöht werden.

Ganz aus dem Rahmen des Parteitages, dessen Aufgabe die Verhandlung über eine Politik der Mitte sein soll, fiel die Rede, die der frühere Reichskanzler Dernmann Müller-Franken hielt. Aus ihren Kraftausdrücken seien wiedergegeben: Was zur Festigung der Republik noch zu leisten ist, habe sich in den letzten Wochen genau gezeigt. Die Mörder Erzbergers seien dieselben Bestien, die im Kriege Gefangene mißhandelt und Deutschland in Mißkredit gebracht haben. Der Nord wurde vorbereitet durch die deutsch-nationale Deche der letzten Tage. Die meisten Gegner habe Grabberger wegen seiner Steuerreform bekommen. Derge habe in Wänden die Frechheit gehabt, zu erklären: Wir werden der Sozialdemokratie, die sich den politischen Nord gebreitet hat, die Waage vom Gesicht reißen. Die Tagung der Sozialdemokratie beweist aber das Gegenteil. In der Erbschaftsfrage würden auch die Mörder von Gareis zu finden sein. Diese Bande müßte un-

schädlich gemacht werden in Bayern wie in Oberschlesien. Die Sozialdemokraten hätten nach dem 9. November zum Worte Gelegenheit gehabt. Hätten sie eine solche Abkühlung gehabt, dann würde Prinz Eitel Friedrich nicht mehr seinen feisten Hinterfrontbau präsentieren können.

Dem Prinzen Eitel Friedrich wird mit dieser Rede schweres Unrecht getan. Während der Redner Müller, der bei Kriegsausbruch 38 Jahre zählte, nie an der Front war, der der Prinz oft im Feuer gestanden. Er war der Oberst, der — als der Trommler neben ihm im feindlichen Feuer fiel — selber die Trommel ergriff und zum Advancieren den Wirbel schlug und dem Regiment voranführte. Am Abend des 28. August 1914 bekam der Leutnant v. d. Goltz nach einem Geleite den Auftrag, zu erkunden, ob das gegenüberliegende Dorf Colonay vom Feinde besetzt sei. Vor dem Dorfe traf er in der städtischen Nacht auf den Prinzen Eitel Friedrich, seinen Regimentskommandeur, der selbst bereits den Patrouillengang gemacht hatte und mit ins feindliche Waffenfeuer vorgegangen war. Am 14. September, als bei Brimont ein Durchbruch drohte, führte der Prinz an der Spitze des 2. Bataillons des 1. Garderegiments zu Fuß gegen die Franzosen an. Bei seiner Gelegenheit hat er sich etwa hinter die Front gedrückt und gemäht, sondern ist auch als Divisionskommandeur immer vorn gewesen. Sein eigenes, dem Feinde wohl bekanntes Stabsquartier Avricourt wurde zerstört, später in Tempel-le-Hosse sein zweiter Generalstabsquartier neben ihm schwer verwundet und dann am Dameweg ein ganzer Hügel seines Hauses durch Bollwerke weggerissen und bei Tage durch Artillerie, nachts durch schwere Artillerie allmählich in eine Ruine verwandelt, ohne daß Prinz Eitel Friedrich das Quartier wechselte. Auch Prinzen sollte man heute nicht grundlos beleidigen und schmähen.

Interpellation zum Schutz der Republik.

Berlin, 20. Sept. Die Reichstagsfraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat die zum Schutz der Republik angeforderte Interpellation eingebracht, die kurz nach Wiederzusammentritt des Reichstages zur Behandlung kommen wird. Es heißt darin: „In Wirklichkeit wird die Politik des Reichskanzlers sabotiert und durchkreuzt von gewissen Kreisen des staatlichen Beamtenkörpers, die ihre Direktiven von den politischen Gegnern der Reichsregierung erhalten. Reichskanzler Dr. Wirth hat in seinem Programm für die Ausführung der Reichsgeschäfte bestimmt: Vollständiges Eintreten für Republik, Demokratie, sowie lokale Erfüllung des Londoner Ultimatums. Dieses Regierungsprogramm wird mit allen Mitteln bekämpft von den Vertretern des alten Systems, den Monarchisten und Militaristen, die sich der Unterstützung einflussreicher und finanzkräftiger kapitalistischer Kreise erfreuen und deren Ziel der Sturz der Republik und Wiedererrichtung der Monarchie ist. Diese konterrevolutionären Kreise führen ihren offenen und lokalen Kampf, sie vergiften, korrumpieren und unterwühlen alle staatlichen Organisationen, insbesondere Heer, Polizei, Beamten- und Richteramt. Sie scheuen vor keiner Lüge und Gewalttat zurück, organisieren und finanzieren trotz Verbots aufs neue bewaffnete Banden und bringen sie zu politischem Mordelend. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um diesen Zielen Einhalt zu gebieten?“

Ausland.

Paris, 21. Sept. Nach einer anscheinend zutreffenden Meldung sind am Mittwoch wieder drei in Avignon zurückgehaltene deutsche Kriegsgefangene begnadigt worden. Der „Temps“ wußte letzter Woche zu melden, daß die allgemeine Amnestie der in Avignon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen am Jahrestag des Waffenstillstandes, das ist der 11. November, erfolge.

Der Rückzug der französischen Truppen ein Trugbild.

Paris, 20. Sept. Von amtlicher Seite wird der folgende Bericht herausgegeben: Berliner Depeschen besagen, daß der Rückzug der französischen Truppen, die zur etwaigen Besetzung des Ruhrgebietes bestimmt waren, am 15. September begonnen habe. In Wirklichkeit handele es sich um überläufige Truppen, die man während des Winters nicht dort abstellen konnte. Auf Veranlassung des Generals Degoutte, des Oberbefehlshabers der Besatzungsarmee und des Oberkommandeurs Tirard wurde diese Maßnahme in vollem Einvernehmen mit dem Kriegsminister beschlossen. Sie bedeutet in keiner Weise eine Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 21. Sept. (Gemeinderatsitzung am 20. Sept.) In das Bürgerrecht mit Wirkung wurden aufgenommen: Georg Veller Ingenieur hier; Karl Walter, Schleifer hier; Wilhelm Sadmann, Schiffsfabrikant hier.

Die Gebühr des Leichenhauers wird mit sofortiger Wirkung auf 10 M für jeden Fall erhöht.

Es wird beschlossen, die Verbrauchsteuer von Bier im tricharistisch zulässigen Höchstbetrag auch vom 1. April 1921 ab bis auf Weiteres zu erhöhen, die neue Bierabgabebestimmung festzustellen und um die Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen nachzusuchen.

An die Eisenbahn-Generaldirektion Stuttgart soll das Gesuch gerichtet werden, zur Erhaltung des Anschlusses der Nebenbahn von Stuttgart und Karlsruhe bei den Abenden ab Pforzheim 9.58 Uhr auch über den Winter zu belassen.

Auf dem noch freien Bauplatz am Malenplatz will August Lehmann, Goldarbeiter hier, ein 2-Familienhaus errichten. Der Gemeinderat ist damit einverstanden und wird die üblichen Zuschüsse gewähren.

Die Feilkehr von Straßenschotter wurde an den Fuhrmann Robert Gegenheimer zum Angebotspreis vergeben. Zum Schluß wurden noch Rechnungsachen erledigt. R.

Wochenhilfe.

Durch das Reichsgesetz vom 29. Juli 1921 sind die von den Krankenkassen teils auf eigene Rechnung, teils auf Rechnung

Konsum u. Sparwesen
Neuenbürg.
Bestellungen an
Kraut
zum Einschneiden (Balken)
sind alsbald im Laden
machen.
Spreche auf diesen
der betreffenden Person,
mich angezeigt hat, meine
besten Dank
aus.
F. A. C.
Conweiler.
Eine
Ziege
mit 2 Jungen, sowie
ältere
Milchziege
verkauft
Robert J.
Feldrennack.
Verkaufe einen
Wochen alte
Mild-
Schweine
Brodbeck J. D.
Wildbad.
Ordentliches, braves
Mädchen
das Kochen kann, wird
1. oder 15. Oktober
Guter Lohn und Bekan-
nung wird zugesichert.
Bender, Telefon 11
Zwei tüchtige
Rüchermädchen
auf sofort gesucht, wozu
etwas Kenntnisse im
hat.
Cafe Corso, Pforzheim
Ordentliches
Mädchen
auf sofort oder 1. Oktober
Frau Säumer, Pforzheim
Erbprinzenstraße 1.
Gesucht auf möglichst
in Arzthaus auf dem
Württemberg ein
Mädchen
für Zimmerarbeit, Was-
chen und etwas Kö-
chen. Köchin u. Kind.
im Haus. 2 Kinder.
solche, die ähnliche Stellen
gehabt und aber gut
verfügen, wollen sich
schriftlich melden bei
Dr. Elsäßer,
Krankenhaus-Arg.
Brodheim (Württemberg)
Oberlingenstraße
Zugelautet
ist mir ein weißer
Abzuholen gegen
rückungsbefähigt in
Lagen.
Frau Neufelder.
H. M.
Heute Abend Sonntag

halten. Wie wir erfahren...
Kombinationen. Jedem...
Dr. Robert Bosch...
Der Vorstand der...
streiflichen Führer im...
Bosch empor, sondern...
Begabung, Energie...
Maßfassung. Man wird...
eben umfassenden techn...
nde Führereigenschaften...
Land auf der Erde, wo...
äre und nicht guten...
zeitlich erzählt Dr. B...
stammt von der West...
Ulm, wo seine Eltern...
haft und eine Gastwirt...
Anstalt in Ulm, erwarb...
Lehre als Feinmechan...
meister, dann in Dorn...
Nürnberg, München...
die Hochschule in Stutt...
in den Edisonwerken...
im Betriebskapital von...
Wertstätte. Aus ihr...
gewachsen, ein Beweis...
Mietverein von G...
tagabend eine Protok...
suar und gegen die Bes...
letzten Sonntag. Es w...
in der Eintracht d...
Gehehen über das...
nicht gehört werden...
Wohnungsabgabege...
werden. Die anst...
so beschaffen sein, da...
nachgeprüft werden...
Gehehen und die Bes...
in der die gesamte...
fsten muß und sich...
schärfstens protestiert...
eine seiner letzten...
v. Kahr an die Bevöl...
politische Hochspann...
arf nicht zu Unbeson...
alle Kreise des Volk...
enso vor Versuchen...
fassungsmäßigen Gang...
beibehalten werden...
nung — von welcher...
allen zu Gebote st...
an wird wohl kaum...
f in Zusammenhang...
verschiedentlich verb...
die die Bevölkerung...
Die Polizei hat in...
berattiger Zettel...
er Verhafteten ge...
artei an.
Regierungen von Eng...
über die Aufhebung...
Rheinland gerin...
ste, liegt augenbl...
alliierten Regierun...
kommission der inter...
einzuweisen, die ein...
lenz ihren Sitz hat...
sicht zusetzen, die...
kann Einsicht in die...
gen.
r bedrohlichen Kabin...
reuen hört das...
der Presse verbreit...
die Kabinettsumbild...
Gänge seien, sind...
bildet die Frage...
erhalb der Parteien...
sicht nicht und...
stgats und Landtag...
demokratie dürfte...
irch fallen zu...
als Kandidaten für...
st hat eine kurze...
undsversammlung...
reuten Staaten um...
s unglückliche...
führer der ungar...
Denf eingetroffen...
gen fand auf dem...
des 600. Todestages...
erfährt, daß die...
garn vorbereitete...
Tagen zur Räumung...
diese Frist nicht...
härtesten Maßnahmen...
kritischen Kreisen...
genügend erachtet...
en ist ein Beschluß...
tig hungern neun...
halb Millionen dem...
and eine Beratung...
unrealen Versprech...
eine Ausnahmever...

Valutaspekulation und Valutaschmuggel ausgearbeitet, nach Personen, die mit dem Auslande Valutaschmuggel betreiben, mit dem Tode bestraft werden. Alle Banken, die Valuta-Geschäfte betreiben, werden gepeinert und Personen, die sich im Inlande mit Valuta-Schmuggel beschäftigen, mit Kerkerstrafen bedroht.
Washington, 21. Sept. General Wood hat nach eingehender Untersuchung berichtet, daß die Philippinen noch reif für die Unabhängigkeit seien. Kriegsfeldmarschall Wood hat erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen behalten werden.
Washington, 21. Sept. Präsident Harding plant eine Erhebung, die am Waffenstillstandstag im ganzen Lande durchgeführt werden soll, um die amerikanische Stimmung hinsichtlich der Einschränkung der Rüstungen zum Ausdruck zu bringen. Es ist vorgesehen, daß alle Delegierte auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz an der Feier des Waffenstillstandes teilnehmen sollen.

Das Explosionsunglück im Stickstoffwerk Oppau.

Über die gestern gemeldete Explosionskatastrophe liegen folgende Meldungen vor:
Kannheim, 21. Sept. Heute morgen gegen 1/8 Uhr ereignete sich hintereinander mehrere außerordentlich starke Explosionen, verbunden mit einer gewaltigen Erdschütterung, mit in der Umgebung verspürt wurde, so in Mainz, Deidesheim, Schweigen, Frankenthal, Ludwigshafen, wo überall Schaden angerichtet wurde. Auf der Westseite der Häuser wurden zahlreiche Fensterheben durch Luftdruck eingedrückt, die heruntergefallenen Fensterheben gewaltsam geöffnet, leichteres Material, wie Schreibmaschinen von den Tischen zertrümmert. Die amüslichen Stellen geben auf Verlangen Auskunft. Auch wurde zeitweise gegen den drohenden Gefahr der Wiederholung der Explosionen das Telegraphennetz in Ludwigshafen gesperrt. Wie wir feststellen konnten, beim Schichtwechsel in der Bad. Anilin- und Sodafabrik in Oppau, bei selbsten explosionsgefährlichen Stickstoffverbindungen geschah, eine Explosion stattgefunden. Der Schaden ist ungeheuer. Die Zahl der Toten und Verwundeten in die Hunderte, konnte aber bisher nicht annähernd festgestellt werden. Alle verfügbaren Transportmittel wurden an Einsatzstelle beordert, um die Verwundeten zu bergen. Die Katastrophe ist abgeklärt. Die französische Besatzung in Ludwigshafen hat ihre Werkzeuge nach Mandelbühl abtransportiert und soll sich alarmbereit halten. Die Explosionsgefahr ist zur Stunde noch nicht beseitigt. Mehrere Einzelheiten sind amtliche Ermittlungen über Ursache und Umfang der Explosionen noch aus.

Kannheim, 21. Sept. Auch hier hat das Oppauer Explosionsunglück erheblichen Sachschaden angerichtet. Besonders große Erfolge durch den starken Luftdruck berah. Nach der Meldung der Frankenthaler Zeitung aus Ludwigshafen ist die Beschädigung so groß, daß in Oppau und im Umkreise um bis drei Stunden keine Fensterheben mehr ganz ist. In Oppau ist fast vollständig zerstört. Die Verwundeten sind zahlreich. Hunderte von Toten und Verwundeten liegen auf der Straße. Tausende von Menschen flüchten nach der Stadt. Die Frankenthaler Nachrichten sind erheblich gemindert. Nach einer Mitteilung der Direktion der Bad. Anilin- und Sodafabrik in Oppau hat die Explosion einen Teil der Oppauer Fabrik zerstört. Die Ludwigshafener Anlagen blieben unberührt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden. Von der Seite der Bad. Anilin- und Sodafabrik erhielt die Frankenthaler Zeitung die Mitteilung, daß weitere Explosionen in der Oppauer Fabrik ausgeschlossen seien.

Kannheim, 21. Sept. Nach einer Meldung der Badischen Anzeigenschrift handelt es sich um die Explosion des Gasfeldes 2 in der Oppauer Werks. Nach einer anderen Erklärung ist die von Sprengstoffen der Oppauer Sprengwerke. Die Ursache ist in unüberdringlichen Rauch gefüllt. Bei der Explosion und Weitergabe wurde schwerer Gebäudeschaden angerichtet. Die Maschinenfabrik von Lange und Reibig dieses Werks wurde zerstört.
Kannheim, 21. Sept. Bei der Firma Landauer in der Oppauerstraße am Industrieplatz wurden zwei erst vor kurzem bezogene Hallen durch den Luftdruck der Oppauer Explosion sehr stark beschädigt, so daß sie in sich zusammenstürzen. Dabei wurden drei Arbeiter getötet, 14 erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen und wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Betrieb der Fabrik mußte eingestellt werden. Bei der Firma Duth gab es einen großen Gebäudeschaden. Der Lagerkubus wurde vernichtet, 7 Personen aus der Fabrik wurden ins Spital gebracht. Bei der Fabrik Eisenkonstruktionen Josef Hans, FriesenbierstraÙe wurde der durch die Explosionsursache angerichtete Schaden festgestellt.
Darmstadt, 21. Sept. Die Erschütterung infolge der Explosion in Oppau war in der Stadt so heftig, daß in etwa 12 Häusern die Fensterheben zertrümmert sind und man sogar an eine Explosion in unmittelbarer Nähe der Stadt dachte.

Der Bericht der Anilinwerke.
Ludwigshafen, 21. Sept. Die Direktion der Anilinfabrik in Oppau hat mitgeteilt, daß die Explosion in einem Lager stattgefunden hat, in dem 4000 Zentner Ammoniumsulfat-Salpetermin enthalten war. Bevor zur Verstellung und Einlagerung dieses Prozents geschritten wurde, war es sowohl in der Anilinfabrik als auch anderwärts eingehend untersucht worden, so daß eine Explosionsgefahr für vollkommen ausgeschlossen galt. Ueber die näheren Umstände der Explosion ist die Untersuchung im Gange. Bis zur Stunde ist die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten, da das Unglück in die Zeit des Schichtwechsels fiel, nicht festzustellen.

Einzelheiten der Katastrophe.
Kannheim, 21. Sept. Die hiesigen Abendblätter bringen umfangreiche Berichte von Augenzeugen über das grauenvolle Unglück in Oppau. — Nach dem Generalanzeiger ereignete sich am 20. und 21. die Explosion eines Gascompressoress unter einer ungeheuren Stickstoffmenge. Bald darauf erfolgte eine zweite Explosion. Die Arbeiter, die gerade in die Fabrik eintraten, erlitten fast alle Verletzungen. In Massen strömten aus der Fabrik zum größten Teil blutüberströmt. In Oppau wurden fast sämtliche Häuser abgedeckt oder zum Einsturz gebracht. Ueber der Anilin-Fabrik lagert ein Dunst von weißer Farbe. — Nach anderer Darstellung erfolgte die Explosion im Bau 51. Ein Teil der Arbeiter befand sich gerade im Bade und Hochspülnacht. Der zweite einschlagende Arbeiter wurde schwer beschädigt. — Ein anderer Augenzeuge sagt aus, daß, als es nach der Explosion wieder hell wurde, eine große Welle in Brand stand und die übrigen Bauten einen riesigen Rauch bildeten. In der verhängnisvollen Stunde waren in Oppau über 200 Arbeiter beschäftigt gewesen. In der ersten Schicht noch nichts bekannt. — Nach dem Volksrecht erregte sich die Explosion im Laboratorium 23. Der größte Teil der Mitfahrenden dieses Augenzeugen hat, wie er,

schwere Verletzungen davongetragen. Wo noch vor wenigen Minuten stattliche Gebäude standen, ist jetzt ein weißes Trümmerfeld. Die um die Fabrikanlagen liegenden Arbeiterwohnhäuser sind vollkommen zerstört. Nach dem Bericht eines weiteren Arbeiters arbeiten von der Nachschicht noch etwa 200 Mann, von denen, wie er meint, wohl keiner lebend davonkommen sein dürfte. — Ueber die Wirkung der Explosion schreibt die Tribüne, daß in den Lagerhäusern am Güterbahnhof eiserne Türen eingedrückt und teilweise wie Papier zertrümmert wurden. — Auch in Ludwigshafen und in Mannheim wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. Im neuen Bollwerk kamen einige Hundert Arbeiter dadurch zu Schaden, daß Vorgelege der Maschinen durch die Explosionserschütterung auf die Arbeiter stürzten. — Nach der Reuen Bildischen Landeszeitung ist die Explosion im Kesselhaus 92 ausgebrochen. Nach dem gleichen Blatt sollen 3. des Unglückes 6000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt gewesen sein, nach anderer Ansicht 2500.

Außer dem Werke Oppau ist das vorgelegte Dorf gleichen Namens vollständig dem Erdboden gleich gemacht worden. Es sind hier etwa 80 bis 100 Häuser teils ganz zerstört, teils dem Einsturz nahe. Unter den Trümmern dieser Häuser hat man bisher 10 Tote, meist Frauen und Kinder, geborgen. Auf der Trümmerstätte selbst wüthten beständige Brände. Ausströmende giftige Gase erlöschten die Hilfsaktion außerordentlich, doch kann diese in großem Umfang aufgenommen werden, nachdem die Gefahr weiterer Explosionen nicht mehr besteht. Die Gesamtzahl der Opfer wird auf 1000 bis 1800 angegeben, darunter etwa 200-300 Tote und ebensoviel sehr schwer Verwundete, die größtenteils kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Auf dem Trümmerfeld selbst hat man bis vormittags 11 Uhr 60 Leichen geborgen.

Von einem Augenzeugen, der während der Katastrophe mit der Eisenbahn von Neustadt nach Ludwigshafen fuhr, wird uns mitgeteilt, daß der Zug in der Nähe von Mandelbühl plötzlich durch einen gewaltigen Knall fast in die Höhe gedoben wurde und bald darauf stehen blieb.
Drei Arbeiterzüge, die bis zur 8 Uhr-Schicht einfahren, gerieten unter die Trümmer. Das Unglück ist umso größer, weil das Werk in vollem Betrieb war. Die Zahl der Toten ist unübersehbar. Sie wird auf beinahe 1000 geschätzt. In Mannheim und Ludwigshafen herrscht große Aufregung. Die meisten Geschäfte sind geschlossen, ebenso die Schulen und Fabriken.

Den gesamten Materialschaden in den Anilinwerken bezieht man schätzungsweise auf 150 bis 200 Millionen Mark, da auch in dem alten Werk, das 500 Meter von Oppau entfernt liegt, sehr viel zu Grunde gerichtet wurde. Immerhin genügt man hier nicht, die Schäden zu schätzen, sondern in den Mannheimer Vororten Sandhofen und Waldhof, sowie in dem pfälzischen Orte Oggersheim entstanden, wo fast alle Fensterheben zertrümmert wurden und die Häuser fast aus den Angeln gerissen. In die Millionen geht der Glaschaden in Mannheim und Ludwigshafen, da die wertvollsten Schaufenster ebenfalls zertrümmert wurden.

Die Hilfsaktion.

Ein Augenzeuge, der von der Unfallstelle kam, teilt mit: Kostlos und alle möglichen Fahrwerke fahren mit Toten und Verwundeten nach Mannheim, weil Ludwigshafen nicht ausreicht, um diese Leute unterzubringen. Von allen Seiten kommen Autos mit Verletzten und Sanitätskolonnen an. Die Heidelberger Sanitätskolonne ist dringend nach Oppau angefordert worden. Das Heidelberger Krankenhaus hat Kraftfahrzeuge und seine Sanitätskolonne zur Hilfeleistung nach der Unfallstelle entsandt. Die Ludwigshafener und Mannheimer Feuerwehre, die Sanitätskolonnen und zahlreiche freiwillige Hilfskräfte sind mit der Bergung der Toten und Verwundeten beschäftigt. Nach Mannheim selbst kommen leichter Verletzte aus Ludwigshafen, die Augen verloren hatten und zum Teil von den Gasen geschwächt waren, weil sie hier sicheren Schutz zu finden hofften. Die Toten wurden oft hunderte von Metern entfernt und blieben, zur Identifizierung zerstückt, liegen. So wird man erst nach Tagen alle Toten bergen können. Krankenhäuser und Spitäler in Mannheim und Ludwigshafen sind durchweg überfüllt und es mußten Kollazette eingerichtet werden. An den Rettungswegen sind jetzt außer allen verfügbaren Kollazette, Feuerwehre, und Sanitätsmannschaften und freiwilligen Hilfskräften aus Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg auch die Kräfte von Speyer, Frankenthal und den benachbarten pfälzischen und badischen Ortschaften beteiligt. Bemerkenswert ist, daß die französischen Truppen sich vollständig passiv verhalten, also auch an der Rettungsaktion keinen Anteil nehmen. (1) Die Feuerwehre bringt jetzt mit Ölfassern weiter vor und hofft, vielleicht noch einige Verletzte zu bergen.

Kannheim, 21. Sept. Die Stadt Frankfurt hat auf Anregung des Oberbürgermeisters mit Hilfe des Roten Kreuzes sofort eine Rettungsaktion in die Wege geleitet. Es sind eine Anzahl Krankentransporte mit voller Besatzung und tüchtigen Kräfte mit der entzündenden Menge von Verbands- und sonstigem Hilfsmaterial nach entzündender Menge von Verbands- und sonstigem Hilfsmaterial nach Ludwigshafen abgegangen. Weitere ärztliche Hilfskräfte sollen folgen.

In dem Werke Oppau, das jetzt vollständig zertrümmert ist und unter Aufwand von Millionen erst neu erstellt worden war, ist aus Stoff, der aus der Luft geholt wird, künstlicher Dünger hergestellt worden. Im Laufe des Vormittags ist in Ludwigshafen ein Vertreter der bayerischen Regierung aus Speyer, sowie in Mannheim ein Vertreter der badischen Regierung aus Karlsruhe eingetroffen.

Berlin, 22. Sept. Ueber die Explosionskatastrophe in Oppau berichten die Blätter noch eine Reihe von Einzelheiten. Der Explosionsort liegt sich danach als ein Trichter von 100 Meter Durchmesser und 50 Meter Tiefe dar. Bis gestern Nachmittag waren 300 Leichen geborgen. Der Explosionsort, das Dorf Oppau, das 6500 Einwohner zählt, ist so gut wie vernichtet. Die Bewohner sind unter den eingestürzten Häusern begraben, hauptsächlich Kinder, die noch in ihren Betten lagen. Die überlebenden Familien kampieren auf den Feldern. Die auf dem Felde arbeitenden Leute wurden größtenteils fortgeschleudert. Tausende von Eisenblechen sind Hunderte von Metern weit fortgeschleudert. Die in der Nähe des Unfallortes auf dem Rhein liegen Schiffe wurden schwer beschädigt. Auf zehn auf dem Rhein liegenden französischen Rauchschildern wurden zahlreiche Soldaten verunndet. Das in der Anilinfabrik befindliche französische Kommando ist ein Opfer der Explosion geworden. Die die Blätter melden, sind sämtliche Uhren in Ludwigshafen gleichzeitig um 7,33 Uhr stehen geblieben. Dies ist also der Augenblick der Katastrophe.

Den Morgenblättern zufolge hat der Reichskanzler im Namen der Reichsregierung an die badische Staatsregierung, an den Reichspräsidenten in Speyer und an die Stadt Mannheim anlässlich des schweren Explosionsunglücks in Oppau Beileidtelegramme geschickt.

Graf von Lerchenfeld bayerischer Ministerpräsident.

München, 21. Sept. Wie die Korrespondenz Doffmann erfährt, dürfte die Komitierung des Grafen von Lerchenfeld, 3. General in Darmstadt, zum Ministerpräsidenten durch die bayerische Volkspartei erfolgen. Graf Lerchenfeld hat bereits zugestimmt, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen. Er war heute nachmittag in der Sitzung der Fraktion der bay.

Volkspartei erschienen und hielt dort eine Programmrede auf der Grundlage „Gute bayerische Politik im Rahmen unentwegter Reichstreue und Vertretung der christlichen Grundzüge.“
München, 21. Sept. In der heutigen Plenarsitzung des Landtags fand heute nachmittag 1/6 Uhr die Wahl des neuen bayerischen Ministerpräsidenten statt. Abgeordneter Stang (Bay. Volkspartei), schlug im Namen dieser Partei den Grafen Lerchenfeld, General in Darmstadt, vor. Die geheime Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Graf Lerchenfeld 88 Stimmen, die bayerische Mittelpartei hatte mit 20 Stimmen für den bisherigen Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr gestimmt. Die sozialdemokratischen Parteien hatten 34 weiße Stimmzettel abgegeben. Der Präsident stellte fest, daß Graf Lerchenfeld als Ministerpräsident gewählt sei, Graf Lerchenfeld, der unmittelbar nach der Wahl im Sitzungssaal erschien, erklärte, die Wahl anzunehmen.

Zum Scheitern der Tarifverhandlungen des Buchdruckgewerbes.

Berlin, 21. Sept. Die Arbeitgebervereinigung der deutschen Buchdrucker gibt über das bereits gemeldete Scheitern der Verhandlungen im Tarifauseinblick folgende nähere Erklärungen: Obwohl die tariflichen Abmachungen zwischen den beiderseitigen Organisationen noch bis 30. September 1921 laufen und außerdem für den Monat September neben der laufenden Teuerungszulage eine Sonderbeihilfe, die in den größeren Orten etwa 2.50 M je Woche beträgt, 4 conto künstlicher Lohnerhöhungen bewilligt worden war, traten die Vertreter der Buchdrucker und Zeitungsverleger, sowie der Gehilfen im Tarifauseinblick am 19. September zu neuen Beratungen zusammen, um über die Erhöhungen der Löhne für das ganze Reich vom 1. Oktober ab eine Verständigung zu suchen. Die hier von den Gehilfen aufgestellten Forderungen waren die Verdoppelung der jetzigen Grundlöhne und hierzu ein Teuerungszuschlag von 30 Prozent, was 4.50 M für die Gehilfen in den Berliner Zeitungen eine Erhöhung der Wochenlöhne von rund 150 M ohne Zuschlag für Nachtarbeit und Überstunden entfallen hätte. Gegenüber der Erklärung der Arbeitgeber, daß solche Erhöhungen nicht anbringbar seien, gingen schließlich die Gehilfen in ihren Forderungen zwar etwas zurück, blieben aber bei einer Erhöhung von etwa 115 M je Woche als endgültig letzte Forderung stehen. Diese Forderung entspricht einer Erhöhung der Stundenlöhne um 2.40 M, während die durchschnittliche Erhöhung in anderen Zweigen des graphischen Gewerbes in den letzten Tagen und Wochen, z. B. bei den Steindruckern, Lithographen und Buchbindern, 1.20 M für die Stunde, bei den Staats- und Gemeinbediensteten 1 M für die Stunde beträgt. Die Bewilligung der Forderungen müßte zu so ungeheuren Erhöhungen der Abonnements- und Anzeigengebühren bei den Zeitungen und zu so enormen Erhöhungen der Preise im Buchdruckgewerbe überhaupt führen, daß sie das bisherige Maß gewaltig übersteigen würden. Das Gegenangebot der Arbeitgeber, ähnliche Aufbesserungen wie den vorangegangenen Arbeiterkategorien des graphischen Gewerbes, sogar noch in etwas mehrbedeutender Weise, auch den Buchdruckern zu gewähren, wurde als ungenügend von den Gehilfen abgelehnt und die Verhandlungen hierdurch zum Scheitern gebracht.

Scheidemann über die politische Lage.

Reichstagsabgeordneter Scheidemann sprach gestern in einer öffentlichen Versammlung in der Stadthalle zu Götting über die politische Lage. Er sagte u. a.: Es ist eine Schande und Schande daß man Tausende schwarzer Anklabarden im Lande hält, für die wir Milliarden Unterhaltungskosten bezahlen müssen, statt damit die Reparation abtragen zu können. (Sehr richtig!) Bei uns gibt es Jesuiten, die sich für deutschnational halten und die unvorhoblen Freude an der Weichung haben. Nach ihrer Meinung muß das deutsche Volk zum nationalen Gefühl erregt werden. Dabei könnte eine Weichung weiteren Gebiets nur nützlich sein. (Sehr, sehr!) Es ist notwendig, daß sich das ganze Volk auf den Boden der Befreiung stellt. Was die kommunistischen Wünsche dem deutschen Volk geschadet haben, kann kaum wieder gut gemacht werden. Es steht fest, daß eine kommunistische Bewegung für die Revolution nicht mehr in Betracht kommt. Der Reichstag steht recht! Der Reichskanzler hat nach der Ermordung Erbergers ein Gesetz zum Schutz gegen persönliche Verleumdung und Erbschleicherei in Aussicht gestellt. Wir müssen die Republik mit allen Mitteln, die uns dazu geeignet erscheinen, schützen. Die Richter müssen sich lokal auf den Boden der Befreiung stellen oder ihren Abschied nehmen. Die Republik darf die republikanische Reichswehr nicht dauernd monarchistischen Offizieren, Freunde der Herren nach und Ludendorff, unterstellen. An die Spitze alles dessen, was zur Sicherung der Republik geschoben muß, ist die Forderung zu stellen, daß die sozialistische und demokratische Arbeiterbewegung sich zur geschlossenen Front gegen die Reaktion zusammenschließt. Immer wieder muß betont werden, daß es sich bei einer jeden Koalitionsregierung nicht um eine Bestimmung, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. (Sehr, sehr!) Ob die Deutsche Volkspartei für eine neue Koalition in Frage kommt, muß durch ihre Stellung zu den Mindestforderungen erwiesen werden. Wir müssen wegen des Verfallens Dittus phantastische Summen aufbringen. Jedenfalls aber dürfen wir dem arbeitenden Volk, den Beamten aller Grade, kleinen Rentnern usw. weitere Steuerlasten nicht aufbürden, wenn nicht außer das zugegriffen wird, wo noch wirkliche Werte ungenutzt liegen. Verdrängende Spekulationen deutscher Profitgier haben das Sinken der Mark verschuldet. Diesen muß gründlich das Handwerk gelegt werden. Wenn das Reich seine Verpflichtungen aus dem Ultimatum erfüllen will, wird es sich ausländische Zahlungsmittel beschaffen müssen. Vertreter der Industrie und der Banken erklären sich aus eigener Initiative bereit, fremde Devisen zu beschaffen. Man soll diesen Plan nicht von vornherein ablehnen, aber ihn doch mit größter Vorsicht behandeln. Das Reich muß den Notleidenden Anteil an den Erträgen der privaten Wirtschaft geben und ihre Substanz sichern: Zu diesem Grundsatze hat sich die Sozialdemokratie bekannt, seitdem vor drei Jahren die katastrophale Lage des Reichs klar geworden ist. (Sehr, sehr!) Zum hundertsten Mal muß man die reaktionären Politiker fragen, wie sie denn das durch ihre Politik ins Unglück geführte Volk wieder freimachen wollen, wenn nicht durch den ernsthaften Versuch der Erfüllung des Friedensvertrags bis zu seiner Revision. Sonst gibt es nur ein Mittel, den Krieg gegen die Entente. Auf unserer Seite aber wird alles kämpfen, was die Demokratie und die Republik retten und schützen will, damit niemals wieder ein Reiches davon verloren gehen kann. Für uns heißt es, auf alle Fälle bereit sein für die große Abrechnung mit der Reaktion unter der Parole: Für die Republik, gegen die Reaktion, für Demokratie und Sozialismus gegen die Ausbeuter des Volkes, für Reichsrecht und gegen den Mordanschlag.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztaler“ werden fortwährend von aller Postanstalten und unseren Aussträgern entgegengenommen.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

